

## Gerecht umsteuern – Das bringt Dir Europa

### Der GRÜNE Europakongress 1.12.2018

#### Wie EUROPA Flüchtende schützen und Zuwanderung ermöglichen kann

Es diskutierten Berivan Aymaz MdL und Dieter Bökemeier, Pfarrer der Lippischen Landeskirche für Flucht und Migration sowie für Ökumene.

Kurz wurde die gegenwärtige Situation in Afrika angesprochen und wie sehr schon heute der Klimawandel die Lebensgrundlagen in Ländern wie Ghana zerstöre. Niemand bekäme doch heutzutage noch mit, wieviel mehr Menschen in der Sahara inzwischen umkommen. Bei dem Militäreinsatz in Mali gehe es um das Schließen von Fluchtwegen aus dem Süden.

Das Dichtmachen der Grenzen, die Eröffnung neuer Lager, das Schließen der Landgrenze Türkei-Griechenland –das sei eine Politik, die alles für die Abschottung tue. Damit setzt sich weiter der Dublin-Prozess durch, den Deutschland maßgeblich auf den Weg gebracht hat. Aus diesem Grund solle man sich heute nicht über die mangelnde Solidarität der anderen EU-Länder beschweren.

In den Mittelpunkt der Debatte gehöre, wie in Deutschland und Europa Migration gestaltet werden kann. Dabei dürften die Themen legale Einreise, Flucht u Migration nicht vermengt werden.

Migration ist allen Nationalisten ein Dorn im Auge. Es sei wichtig, Europa wieder als Friedens- und Menschenrechtsprojekt darstellen. Dabei sei die Türkei auch ein Teil des Problems.

Fluchtursachenbekämpfung klingt gut – aber das wird unter den heutigen Umständen nicht gelingen.

Die Idee der Ankerzentren von Seehofer müsse bekämpft werden. Es sollen nach dem Plan von Seehofer über 1800 Lager mit einer 18 Monaten Verweildauer geschaffen werden. Doch das stößt auf Widerstand der Länder. Viele prangern diese Ankerzentren an, weil die Menschen kein Zugang zu Sprache haben, keine Schule stattfindet und Menschenrechte mit Füßen getreten werde. Auch die IHK wehrt sich. Lange Zeit schwieg NRW dazu, nur um dann ein Asylstufenplan zur verkündigen, der an manchen Stellen schlimmer ist, als das was Seehofer machen will – z.B. 24 Monate Verweildauer. Die Anhörung im Landtag war für die Regierung von Schwarz-Gelb eine Klatsche: 8 von 10 Experten haben sich aufs schärfste von diesen Vorschlägen distanziert. Ankerzentren schaffen viele neue Probleme, denn wenn die Menschen danach in die Kommunen kämen, wären sie demotiviert, ohne Sprachkenntnisse, die Gesundheitskarte käme nicht mehr zum Zug und vor allem wäre keine Unterstützerkreise mehr vorhanden, die diese Menschen auffangen würden.

Wichtig: Die Kommunen können von unten den Widerstand organisieren. Wenn Grüne eine menschenrechtsrechtliche Arbeit stützen wollen, dann mit engagierten Bürgermeister\*innen, Oberbürgermeister\*innen und aus der Zivil-Gesellschaft heraus. Allerdings wurde von der NRW-Regierung auch darauf verwiesen, dass diese Verschärfungen auf Druck der Kommunen geschähen. Die Frage ist, inwieweit das richtig ist (nachhaken!)

Der Wohnungsmangel sei z.B. in Bad Salzuflen ein Riesenproblem, beim Familiennachzug geschähe großes Unrecht und die Ankündigung eines schnellen Asylverfahrens lässt darauf schließen, dass es dann nur noch „Ratz-Fatz“-Verfahren seien, die im Grunde den Rechtsstaat aushebeln. Dass inzwischen auch noch die Menschen kriminalisiert werden, die sich für Flüchtling einsetzen sei eine weitere Verschärfung der Situation. Dabei wurde noch mal betont, dass für viele Kommunen der Satz stimme: „Wir schaffen das!“

Was gibt es zu tun?

- großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
- Internationale Unterstützung der Aufnahmeländer
- Solidarische Verteilverfahren
- Ermöglichung eines Spurwechsels (vom Flüchtling zum Einwanderer)
- Erhalt der Gesundheitskarte
- Keine Kriminalisierung der Unterstützerkreise
- Stärkung der Kommunen durch EU, in dem die EU direkt Geld an die Kommunen auszahlt, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen (Forderung nach einem kommunalen Integrationsfonds in der EU)

([https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/BDK\\_2018\\_2\\_Leipzig/EP-F01\\_Kapitel\\_3\\_Sichern\\_und\\_staerken\\_was\\_uns\\_ausmacht\\_Freiheit\\_Demokratie\\_und\\_Menschenrechte\\_geprueft.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2018_2_Leipzig/EP-F01_Kapitel_3_Sichern_und_staerken_was_uns_ausmacht_Freiheit_Demokratie_und_Menschenrechte_geprueft.pdf), S.10 ff)